

Arbeiterpolitik

Jahrgang Nr. 15

Stuttgart, den 5. August 1955

30 Pfennig

Die Opel-Bilanz der 116%-Dividende

Hast du die letzte Opel-Bilanz gelesen, die im Juli veröffentlicht worden ist? Nein? Sehr schade, mehr selber. Sie stand im Wirtschaftsteil der bürgerlichen Zeitungen, den die Arbeiter zu ihrem Schaden nur selten lesen. Unter dicken Überschriften stand die Meldung:

„Reingewinn der Opelwerke höher als das Aktienkapital! Eine Dividende von 116 Prozent!“

Diese Meldungen brachten selbst die mit allen Wassern gewaschenen Wirtschaftsredakteure der bürgerlichen Zeitungen aus dem Konzept.

In den zwanziger Jahren kauften die General Motors aus den USA die Opelwerke in Frankfurt-Rüsselsheim, die sie heute noch besitzen. Das Aktienkapital beträgt 110 Mill. DM. Im vorigen Jahr hat Opel einen Gewinn von 66 Prozent verteilt. Der diesjährige Reingewinn ist 146,6 Mill. DM. Davon werden 127,89 Mill. DM „ausgeschüttet“, wie das so schön heißt. Das macht 116 $\frac{1}{4}$ Prozent des Aktienkapitals. Diese Aktionäre erhalten also in einem Jahre mehr an Profit als ihr ganzes Aktienkapital beträgt!

Der Rohertrag der Opelwerke beträgt 354,33 Mill. DM. An Löhnen und Gehältern weist die Bilanz 129,34 Mill. DM aus. Da sind natürlich die Gehälter der Direktoren schon drin. Rücklagen, Abschreibungen, Rückstellungen, Erhöhung des Umlaufvermögens sind natürlich schon vor der Festsetzung des Reingewinns vom Rohertrag abgezogen worden. Sie kommen natürlich auch den Aktionären zugute, weil sie eine Erhöhung ihres Vermögens bedeuten.

1. Was hat das alles für die deutschen Arbeiter zu bedeuten?

Die Opelwerke weisen darauf hin, daß sie als einzige deutsche Aktiengesellschaft ihre Gewinne restlos und offen ausweisen. Die anderen deutschen Aktiengesellschaften erhöhen ihre Dividenden auch Jahr für Jahr und sind jetzt bei 8, 10, 12 Prozent angelangt. Wenn Opel nun 116 $\frac{1}{4}$ Prozent verteilt, ist das denn kein Widerspruch? Wie reimt sich das zusammen? Wie kommen diese „unterschiedlichen“ Dividenden zustande?

Es ist höchst einfach. Die anderen Gesellschaften verschleiern ihre Gewinne mit Investitionen, Rückstellungen, Rücklagen, Neuausgabe von Aktien, die an die Aktionäre verteilt werden, Pensionsfonds, die nichts anderes sind als Betriebsmittel usw. Sie haben eine Menge Maschen, durch die sie die Gewinne durchschlüpfen lassen, damit sie nicht sichtbar werden. Sie nennen das „optisch anpassen“, d. h. dem dummen Leser Sand in die Augen streuen, damit er nur ja nicht merkt, wieviel da Jahr um Jahr aus ihm heraus gepreßt wird.

Die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ vom 19. Juli gibt das so, indem sie zum Opelbericht sagt:

„Als Tochtergesellschaft der General Motors Corporation verleiht die Adam Opel AG in Rüsselsheim von den Bilanzgewinnseiten deutscher Aktiengesellschaften darin ab, daß sie die Ausschüttung des gesamten

Jahresgewinns unter gleichzeitiger Umwandlung seines größten Teils in neues Kapital der stillen Reservenbildung vorzieht... Die Gesellschaft dürfte in der Tat unvergleichlich weniger stille Reserven gelegt haben als andere westdeutsche Unternehmen es zu tun pflegen.“

Diese Rücksicht brauchen General Motors nicht zu nehmen. Sie können offen, brutal und zynisch die Zahlen angeben, die sie aus den Opelarbeitern herausgeschunden haben: 116 $\frac{1}{4}$ Prozent. Das deutsche Kapital, an der Spitze das Finanzkapital, schindet nicht weniger heraus: Die Mehrwertarate liegt sicherlich weit über 100 Prozent, ja wenn man alles, was auch bei Opel noch verschleiert ist, dazu rechnet, liegt sie gewiß bei gut 200 Prozent! Das ist die erste Erkenntnis, die uns der Opel-Bilanzbericht vermittelt.

Die Opelarbeiter von Rüsselsheim können sich nun ausrechnen, indem sie die Profitmillionen durch die Anzahl der Arbeiter teilen, wieviel sie jährlich durch ihren Schweiß den Nichtstuern und Faulenzern von Aktionären erschufte müssen.

2. Das Gerede vom „gerechten Lohn“

Wenn die Opelarbeiter diese Rechnung machen, wird ungefähr herauskommen, daß ihr Lohn ein Drittel von dem beträgt, was sie ihrem Produkt durch ihre Arbeit an Wert zusetzen. Genau wie der Gaul des Bauern, dem er Heu, Hafer und Obdach gibt, die merkwürdige Eigenschaft hat, mehr zu erschufte, als der Bauer in ihn an „Lohn“ hineinsteckt, genau so ist's mit der menschlichen Arbeitskraft. Die Ausbeuter aller Wirtschaftssysteme haben sehr schnell herausgefunden, daß der Sklave, Hörige oder „freie Arbeiter“ viel mehr leisten kann, als man an „Lohn“ in ihn hineinsteckt, damit am nächsten Tag und im nächsten Jahr seine Arbeitskraft wieder da ist, um den Profit zu bilden.

Das zeigt uns der Opelbericht ganz deutlich. Er zeigt uns also, was das Gerede vom „gerechten Lohn“, das manche Gewerkschaftsführer im Munde führen, wert ist. Und er zeigt auch, was alle Pfennigerhöhungen bei Lohnkämpfen wert sind, wenn man das Ziel, die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, aus den Augen verliert. „Gerechten Lohn“ — gibt es im Kapitalismus nicht. Wenn die Opelarbeiter das Dreifache ihres Lohnes verlangten, was für ein höllisches Gelächter würden die Kapitalisten und ihre Helfershelfer anstimmen!

3. Opelbericht und Arbeitsgemeinschaft

Dieser Opelbericht mit 116 Prozent Dividende betrauert auch grell die Arbeitsgemeinschaftspolitik der heutigen Gewerkschaftsführung mit ihren — gut bezahlten — Vertretern in der Montan-Union, mit den — gut bezahlten — Aufsichtsratsposten, den — gut bezahlten — dritten Direktoren in den Aktiengesellschaften.

Die Ausgaben für diese Leute kann sich das Finanzkapital leisten, denn diese Gewerkschafter tragen ja zum „Frieden im Betrieb“ bei. Und dieser Wirtschafts-

frieden ist notwendig, um die Dividende herauszuholen, wie Opel zeigt, damit die Masse die Profitmacherei von 100—200 Prozent nicht stört. Sie haben nichts „mitzubestimmen“, ihre Aufgabe ist es, die Arbeiter friedlich zu stimmen.

Der Opelbericht zeigt auch, was die sozialdemokratische „Mitarbeit“ am Staat des Finanzkapitals wert ist, sei es im Parlament, sei es als Minister in einer Landesregierung, sei es als Senator, Ministerialrat, Regierungsrat. 'Nen Dreck für die Arbeiter, aber sehr viel für die, welche die Prozente an Dividende einsacken. Durch das Gerede dieser Sozialdemokraten vom „demokratischen Staat“, vom „freiheitlichen Westen“, von der „Europäischen Gemeinschaft“ und anderem mehr soll der Ramsch der 118 Prozent verschleiert werden, sollen die Arbeiter besoffen geredet werden. Die Wahrheit über diesen Staat des Finanzkapitals soll verschleiert werden. Und wenn das nichts hilft, treten die Wasserwerfer an und machen den Arbeitern klar, daß sie weiter für ihre Ausbeuter zu schufteln haben.

Schlagt den Helfershelfern dieser Dividendenschlucker, wenn sie als Apostel des sozialen Friedens in den Gewerkschaften oder als „westlich-freiheitliche Demokraten“ in den Parteiversammlungen auftreten, und ihre Sprüchelchen sagen, mit der Opelbilanz rechts und links um die Ohren, daß es nur so klatscht. Und ebenfalls diesen „Mitarbeitern“ an der „demokratischen Armee“ dieses Finanzkapitals, die nichts anderes sein wird, als eine Armee zum Schutze der Ausbeuter, um ihre innen- und außenpolitischen Ziele durchzusetzen.

4. Die Maske vom Gesicht des Finanzkapitals!

Dieser Bericht reißt auch die Maske ab vom Gesicht der Vertreter und berufsmäßigen Lobredner der kapitalistischen Ausbeutung, seien es nun Minister oder bürgerliche Politiker oder ihre Söldschreiber in den bürgerlichen Zeitungen und Rundfunkredaktionen. Dieser „Blitz“ wirft ein Licht auf das „soziale“ Gerede des Finanzkapitals: „Soziale Marktwirtschaft“, „freiheitliche Wirtschaft“, „Dienst am Volksganzen“ und wie die schönen Worte, sonst noch heißen. Oder wenn der Bankier und vielstimmige Aufsichtsratsvorsitzende Abs. Ritter vom Heiligen Grabe, sich kürzlich hinstellte und sagte:

„Der Grundsatz der Unantastbarkeit privaten Eigentums (er redet natürlich vom Eigentum der Dividendenschlucker) geht auf nichts anderes zurück als auf die vom Christentum in die Welt gebrachte Philosophie des Schutzes der Schwachen.“

Da haben wir: Schutz der Schwachen, die jedes Jahr mehr als 100 Prozent Dividende schlucken! Die Abs. Pferdmenages, Kost, Reusch, Berg, Paulissen, Zangen, Wehrhahn, Merten, Graff und wie sie alle heißen, die „Schwachen“, — der Opelbericht reißt ihnen die Maske vom Gesicht, enthüllt, was ihr schmalziges Gerede wert ist.

Er reißt auch den Kaiser, Storch, Even, Albers, den heutigen Gelben und Verfeindern dieses Eigentums der „Schwachen“ die Maske vom Gesicht. Storch, der sich eben anschickt, die Sozialversicherungen zugunsten des Finanzkapitals auf Kosten der Arbeiter zu verschlechtern, was ist er anderes als ein treuer Helfer dieser armen „schwachen“ Dividendenschlucker?

Von Zeit zu Zeit erhellt ein scharfer Blitz die politische Situation in Deutschland, wo ausgebluteter Propagandanebel die wahren Konturen der Wirtschaft und Politik verschleiert. Ein solcher Blitzstrahl war z. B. das 15. Juni 1933 in Mitteleuropa, der mit einem Male die Fenkenwey Propagandanebel verteilte. Ein solcher Blitzstrahl ist auch die Opelbilanz mit ihren 118% Prozent Dividende, die die Schlier vom Propagandanebel des westdeutschen Finanzkapitals und seiner Bonnar Regierung

hinwegfegt, ein Blitzstrahl, der zeigt, was eigentlich Westdeutschland los ist.

Schon mehrmals hat die deutsche Arbeiterklasse Erstgeburtsrecht auf den Sozialismus nicht angemeldet und nicht dafür gekämpft, sondern sich mit der magen Linsensuppe vom Tische der Dividendenschlucker abgeben lassen. Schon zweimal hat sie Millionen Tote dieses Finanzkapital geopfert. Dieser Opelbericht muß uns zu der Erkenntnis führen, daß, will die deutsche Arbeiterklasse nicht untergehen, man das Finanzkapital wirtschaftlich und politisch entmachten muß. Sie muß Erstgeburtsrecht anmelden, fordern und dafür kämpfen. Sie darf sich nicht abgeben lassen mit den Lizenzgeräten der „Mitbestimmung“, mit einem abgestotterten Motorrad, mit einem in 30 Jahren abgestotterten Eigenheiß.

Dazu ist notwendig, daß sich die deutsche Arbeiterklasse eine politische Führung schafft, die den Interessen der deutschen Arbeiter entspricht. Eine solche haben wir weder in West noch Ost.

Das alles lehrt uns die Opel-Blitz-Bilanz, der Olympia-Rekord-Profit der Opel-Kapitäne.

Der Kommentar

Jeder Redakteur und Rundfunkkommentator,
jeder Abgeordnete und Senator,
gab zur Konferenz in Genf
seinen Senf.

Drum, liebe Freunde, laßt mich mal eben
kurz meinen Mostriech dazu geben.

Da haben die Vier sechs Tage getagt.
Sie haben die freundliche Worte gesagt.
Sie haben die Atmosphäre gereinigt
und sich am Ende darüber geeinigt,
daß man sich unbedingt einigen muß.
So war die Konferenz ein gewaltiges Plus.

Es fehlt nur eine Kleinigkeit:
eben diese Einigkeit.
Das ist mein Senf
zu Genf.

Pozo

Achtung!

Einem oft geäußerten Wunsch vieler unserer Leser entsprechend, ist es uns gelungen, eine begrenzte Anzahl von Exemplaren des völlig vergriffenen Buches

GOSIP K. FLECHTHEIM:
GESCHICHTE DER KPD IN DER WEIMARER
REPUBLIK

zu erstehen. Wir geben es an Interessenten zum Preis von DM 4.— zuzüglich DM —25 Porto ab. Die Bezahlung erfolgt auf dem Wege der Voreinsendung oder per Nachnahme.

Flechtheims Buch ist das einzige brauchbare in deutscher Sprache erschienene Material der Geschichte der KPD, das die wichtigsten Dokumente und Tatsachen enthält. So wesentlich die Kenntnis der Geschichte der KPD in der Weimarer Republik ist, um die deutsche Entwicklung der letzten vier Jahrzehnte wie auch den gegenwärtigen Tiefstand der deutschen Arbeiterbewegung zu begreifen, so wenig ist auf diesem Gebiet bisher erschienen, weder KPD noch SPD haben Interesse, an den wahren Punkten der Vergangenheit zu rühren, die bürgerliche Schreckerei schon gar nicht, ist ihr doch der gegenwärtige Zustand der deutschen Arbeiterbewegung höchst willkommen. Wer indessen den Weg sucht, der aus dem Verfall herausführt, der muß diesen Verfall zunächst einmal begreifen. Obwohl der Verfasser Material hat, gibt er dem kritisch denkenden Leser neugierig Material zur Hand, um sich die notwendige Orientierung zu schaffen. Das macht den Wert der flechtheimischen Schrift aus. Sie ist für jede ernste Schöpfung unentbehrlich.

Verlag Arbeiterpolitik.

Weltpolitische Übersicht

Wegrasse ist voll von Zustimmungskundgebungen. Der Verlauf der Genfer Konferenz. Man äußert sich befriedigt über den guten und „herzlichen“ Verlauf der offiziellen und privaten Gespräche zwischen den Großen stattgefunden haben. Man feiert die Entspannung im kalten Krieg.

Es wurde eine neue Außenministerkonferenz für den Herbstraum mit Molotow, Foster Dulles, A. N. Pinay, falls die Regierung Faure und die Sowjetminister nicht im Verlauf der z. Zt. stattfindenden Konferenzdiskussion über Marokko-Alger gestürzt werden sollen konkret über die Streitfragen verhandelt werden die keine Verständigung zwischen Eisenhauer, Bulganin, Eden und Edgar Faure zu erwarten ist. Von den Staatsoberhäuptern wurden den Außenministern folgende Richtlinien überwiesen. Zur Erreichung der europäischen Sicherheit und Deutschland lautet die Forderung zu prüfen:

1. Einen Sicherheitspakt für Europa oder für einen Teil Europas einschließlich einer Klausel, derzufolge die Vertragsparteien die Verpflichtung übernehmen, keine Gewalt anzuwenden und einem Angriff jegliche Unterstützung zu verweigern.

2. Begrenzung, Kontrolle und Inspektion der bewaffneten Streitkräfte und der Rüstung.

3. Schaffung einer Zone zwischen dem Osten und dem Westen, in der die Stationierung bewaffneter Streitkräfte gegenseitiger Zustimmung unterliegt.

A. Abrüstung

1. Zu diesem Zweck zusammenzuarbeiten, um ein alternatives Abrüstungssystem durch den Unterausschuß der UNO-Abrüstungskommission zu entwickeln.

2. Ihre Vertreter im Unterausschuß zu beauftragen, in Erfüllung des ihnen von den Vereinten Nationen übertragenen Mandats bei ihrer Arbeit den Ansichten und Vorschlägen Rechnung zu tragen, die von den Regierungschefs bei dieser Konferenz vorgetragen worden sind.

3. Vorzuschlagen, daß die nächste Sitzung des Unterausschusses am 28. August in New York stattfindet.

4. Die Außenminister zu beauftragen, sie über die Arbeit der Abrüstungskommission zu unterrichten, den Vorschlägen und Vorschlägen der Regierungschefs bei dieser Konferenz Rechnung zu tragen und zu erwägen, ob die vier Regierungen eine weitere brauchbare Initiative auf dem Gebiet der Abrüstung unternehmen können.

B. Entwicklung von Kontakten zwischen Ost und West

Die Außenminister sollen mit Hilfe von Sachverständigen Maßnahmen einschließlich solcher, die im Rahmen der Organe und Institutionen der UNO möglich sind, prüfen, die

1. eine fortschreitende Beseitigung der Schranken zwischen Ost und West ermöglichen, die den freien Verkehr und den friedlichen Handel zwischen den Völkern stören, und

2. freie Kontakte und einen Austausch ermöglichen, die zum beidseitigen Vorteil der betreffenden Länder und Völker gereichen“.

Wenn nach diesen Richtlinien verfahren wird, so kann man von einem Waffenstillstand im kalten Krieg sprechen. An Stelle der vor der Konferenz proklamierten Forderungen, tritt die konkrete Prüfung der Gegensätze mit dem Bestreben, Kompromißlösungen zu suchen.

Was ist die Ursache dieser Wendung? Die Tatsache, daß beide Lager, das von den USA geführte kapitalistische und das von der SU geführte sozialistische sich bewusst haben, daß es gegenwärtig für sie nicht möglich ist, durch kriegerische Gewaltanwendung dem Gegner die eigenen Ziele aufzuzwingen. Das ist eine solide Basis, auf der die beiden großen Kräfte sich abfinden und einen Schritt zu einem Waffenstillstand machen können. Auch bei den jetzt eingeleiteten Verhandlungen zwischen den Trägern ist das Ziel der Parteien, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern. Nicht das diplomatische Geschick der Unterhändler ist ausschlaggebend,

sondern die Kräfte der Gesellschaftsgruppen, die zur Verwirklichung der jeweiligen Ziele erforderlich sind.

Es ist die schlummernde Kriegsangst der Massen in den kapitalistischen Ländern, die sich in verschiedenen spontanen Äußerungen kundtut, die Eisenhower und Dulles veranlaßten, ihre Politik der Verdrängung des Kommunismus einzutauschen in die jetzige von Eisenhauers psychologischen Beratern geformte Friedenspolitik. Die Neuwahlen 1956 werden in den USA unter der Parole des Friedens ausgefochten werden. Wilson wurde als Friedensprediger gewählt, trat aber 1917 dem europäischen Krieg bei, Roosevelt dem 2. Weltkrieg 1941. Der japanische Überfall erleichterte ihm das Geschäft. Und hat nicht Hitler den Angriff des deutschen Imperialismus seit 1934 mit lauter Friedensbetuerungen vorbereitet?

Wenn die Werktätigen sich jetzt wie 1914—1934 von den Friedensbetuerungen einplullen lassen, besteht nicht die geringste Gewähr, daß es diesmal anders kommt. Nur wenn die Ergebnisse der Genfer Konferenz der Länderchefs als Auftakt zum eigenen Kampf gegen den Krieg für den Frieden von den Massen begriffen und geföhlt wird, besteht einige Aussicht auf Erfolg.

Für die deutsche Arbeiterklasse in Ost und Westdeutschland ist jetzt der entscheidende Augenblick gekommen. Deutschland steht im europäischen Spannungsfeld im Mittelpunkt wie China und Japan im asiatischen. Eine wichtige Konzession der USA und der Westmächte in Genf besteht darin, daß sie sich bereit erklärten, die Frage der sogenannten deutschen Wiedervereinigung mit der Frage der Sicherheit zu verbinden. Die SU lehnte die Behandlung der deutschen Wiedervereinigung kategorisch ab, wenn nicht zuvor die Frage der deutschen Räumlichmachung und der Eingliederung Deutschlands in ein von Amerika geführtes Westbündnis bereinigt und dadurch die Sicherheit der SU und der Volksdemokratien gewährleistet ist. Die folgenden Verhandlungen der Außenminister werden entscheidend davon beeinflusst werden, ob und wie die ost- und westdeutschen Werktätigen selbst eingreifen oder passiv bleiben.

Bulganin erklärte, die europäische Sicherheit dürfe nicht von der deutschen Einheit abhängig gemacht werden. Darauf antwortete Eisenhower: „Mein einziger Kommentar ist, daß wir schließlich den Frieden Europas suchen, weil er für den Frieden der Welt wichtig ist. Deshalb soll kein Fortschritt, der gemacht werden kann, von irgend etwas anderem abhängig gemacht werden. Es soll keine Bedingungen geben.“ („Die Welt“, 23. Juli 1955.)

Das steht in krassm Widerspruch zu den Versprechungen, die Adenauer von Eisenhower und Dulles vor der Konferenz gemacht worden sind. Auf diesen Versprechungen beruht Adenauers Politik. Obgleich Eisenhower oben zilierte Äußerung abgeschwächt und ungedeutet wurde, steht fest, daß die Eingliederung Deutschlands nach den Plänen Adenauers nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Die „Stuttgarter Zeitung“ vom 23. Juli drückt das so aus: „... man muß sich im Klaren sein, daß nämlich die Welt allmählich vor allem nach den nervenaufreibenden Zeiten des kalten Krieges das Interesse an den deutschen Problemen verliert, vor allem, wenn auch ohne seine Lösung eine Entspannung erreicht werden kann.“

„Le Monde“ vom 23. Juli schreibt: „Es ist das Risiko für die Deutschen, daß ihr Einfluß auf die Weltpolitik sich verringert. Der Kanzler Adenauer ist das reine Produkt des kalten Krieges. Wenn der kalte Krieg aufhört, wird Adenauer was er vorher war: ein Bürgermeister, der Bürgermeister von Köln im vergrößerten Umfang der Bundesrepublik.“

In der Tat. Wenn die USA-Imperialisten und ihre europäischen Satelliten einen Friedenskompromiß durch Verständigung mit dem sozialistischen Block wirklich anstreben, dann ist Deutschland als vorgehabener Brückenkopf für einen Krieg gegen die SU nur noch von zweifelhafter Bedeutung, als Konkurrenz auf dem Weltmarkt aber störend.

Sehr verdächtig scheint die Geste Eisenhauers, mit der er seine Friedensfreundschaft zur Schau stellte, als er vorantrieb: „Gegenseitig vollständige Pläne unserer

militärischen Einrichtungen, von Anfang bis zum Ende, von einem Lande unserer Länder zum anderen, auszutauschen; die Stärke unserer Streitkräfte offenzulegen und auch diese Pläne auszutauschen. Als nächstes sollten wir in unseren Ländern dem anderen Land Möglichkeiten für Luftaufnahmen einräumen.“

Das schlägt der Präsident der USA vor, der nicht einmal seinen Verbündeten Einsicht in die Atom- und Wasserstoffbomben-Produktion erlaubt und wichtige Atomforscher von weiterer Mitarbeit ausschließt, weil unbewiesener Verdacht besteht, daß sie Geheimnisse verraten könnten. Der ganze kostspielige Gegenspionageapparat wäre mit einem Schlag überflüssig. Bulgarien und die Russen haben mit Recht darauf überhaupt nicht geantwortet. Soll die amerikanische Bevölkerung, die vor den Bolschewiken und Spionen fast soviel Angst hat wie vor den Wasserstoffbomben, die die Russen auf sie im Krieg abwerfen könnten, jetzt russische Flugzeuge begrüßen, die ihre Atomproduktionsstätten fotografieren? Oder bereitet man ein Alibi vor, um die Russen zu beschuldigen, sie seien es, die den Frieden sabotieren, weil sie das großzügige Angebot Eisenhewers, nicht ernst nehmen?

Bulgarien und die Russen haben trotz aller Höflichkeit in den Gesprächen keine Tricks angewandt, sondern sachlich und klar ihren Standpunkt vertreten. In der Abschlusserklärung Bulgariens heißt es:

„Die Sowjetregierung glaubt, daß die Interessen der Festigung des Friedens durch ein System der kollektiven Sicherheit in Europa gefördert werden, das auf der Teilnahme aller europäischen Staaten und der USA aufgebaut ist.“

In der ersten Etappe der Errichtung eines Systems einer gesamt europäischen Sicherheit zielen die sowjetischen Vorschläge nicht auf die Liquidierung des nordatlantischen Blocks, der westeuropäischen Union und des Warschauer Paktes ab. Mit dem Ablauf der Zeit bis zur zweiten Etappe, wenn auf dem Wege zur Verminderung von Spannungen in Europa und der Herstellung des Vertrauens unter den Staaten Erfolge erzielt worden sind, können die erwähnten Gruppierungen liquidiert und durch ein System der kollektiven Sicherheit in Europa ersetzt werden . . .

Die sowjetische Regierung geht von dem Standpunkt aus, daß wir in der Entscheidung über die Regelung der deutschen Probleme den Tatsachen Rechnung tragen müssen. Der Krieg in Europa ist vor 16 Jahren zu Ende gegangen. Während dieser Zeit wurden zwei Deutschland errichtet — die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland — jede mit ihrer eigenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung.

Darüber hinaus hat die Bundesrepublik Deutschland als Folge der Pariser Verträge den Weg der Wiederbewaffnung beschritten und sich der militärischen Gruppe der Westmächte angeschlossen. Die Deutsche Demokratische Republik hat sich angesichts der Pariser Verträge entschlossen an der Organisation des Warschauer Paktes teilzunehmen.

Es ist klar, daß es unter solchen Umständen nicht möglich ist, auf die Frage einer mechanischen Fusion der beiden Teile Deutschlands einzugehen — der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland — denn das wäre eine unrealistische Ausgangsstellung.

Die SU ist und bleibt ein entschlossener Befürworter der Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die deutsche Frage nicht ohne die Beteiligung von Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschlands erörtert werden kann . . .

Gerade diesem Ziele würde am besten durch die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa geehrt, an dem auf gleicher Grundlage beide Teile Deutschlands noch vor ihrer Wiedervereinigung teilnehmen . . . Andererseits wäre vom Standpunkt der humanen Bedürfnisse aus, eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands — d. h. der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland — von großer Bedeutung für die Wiedervereinigung.“

Zu dieser öffentlichen Erklärung Bulgariens am Schluß

der Genfer Konferenz muß noch die Rede Chruschtschows hinzugefügt werden. Wir zitieren die „Stuttgarter Zeitung“ vom 27. Juli:

„Auf einer Kundgebung auf dem Ostberliner Marx-Engels-Platz, dem früheren Lustgarten, hat am Donnerstag der erste Sekretär der sowjetischen KP, Chruschtschow, den sowjetischen Standpunkt zur deutschen Frage wiederholt, nach dem eine Wiedervereinigung nur auf Grund einer Annäherung der beiden Teile Deutschlands möglich sein könne. Chruschtschow sagte, die deutsche Frage könne „nicht auf Kosten der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik“ gelöst werden. Die DDR könne weder auf die Eingliederung in die NATO noch auf die Beseitigung aller ihrer politischen und sozialen Errungenschaften und demokratischen Umgestaltungen eingehen. Wir haben auf der Genfer Konferenz offen erklärt, daß unter den Bedingungen, daß auf dem Gebiet Deutschlands zwei Staaten mit verschiedener gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ordnung entstanden sind, die Westdeutschland Teilnehmer des Nordatlantikkpaktes und der Westeuropäischen Union ist, die Lösung des deutschen Problems eine schwierige Angelegenheit ist. In Europa seien neue Verhältnisse entstanden. Eine mechanische Wiedervereinigung Deutschlands, „despite beide Teile sich in verschiedenen Richtungen entwickeln“, sei eine „unreale Sache“. In der entstandenen Situation sei der einzige Weg zur Vereinigung Deutschlands die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.“

Aus den beiden Reden ergibt sich eine konkretere Stellungnahme der SU zur deutschen Wiedervereinigung und Sicherheit auf Stoltern. Bisher war die Zustimmung der SU zur Wiedervereinigung auf Grund „freier gesamtdeutscher Wahlen“ nur an die Bedingung der Einigung Gesamtdeutschlands von allen Besatzungstruppen geknüpft, sowie das Verbot des Anschlusses Deutschlands an das atlantische Militärbündnis. Jetzt kommt hinzu die „Erhaltung der politischen und sozialen Errungenschaften der DDR. Zu diesem Zweck wird die „Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit“ gefordert, an der „beide Teile Deutschlands auf gleicher Grundlage teilnehmen.“

Die „Stuttgarter Zeitung“ vom 28. Juli zieht daraus folgende Folgerung: „Zunächst einmal dürfte es nicht länger angehen, die Sowjetunionrepublik als nicht-existent zu betrachten. Nehmen wir den Kontakt mit Moskau auf, was ja wahrscheinlich nach dem Besuch Dr. Adenauers in Moskau der Fall sein wird, dann können wir auch nicht mehr Pankow einfach übergehen.“

Adenauer hat sich rasch auf die neue Lage eingestellt. Auch er ist jetzt für einen „besseren Kontakt“ mit der Sowjetzone, „freien Zeitungsaustausch, störungsfreie Radiosendungen“, und „größere Beachtung soll dem Interzonenhandel geschenkt werden.“ So gut, so schön, Bulgarien und Chruschtschew lehnen „eine mechanische Fusion beider Teile Deutschlands ab, und fordern eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands. Weder die Amerikaner noch die westdeutschen Kapitalisten, hatten eine „mechanische Fusion“ der Ostzone für möglich. In zehnjähriger Planarbeit ist die Wirtschaft der Zone aus der Verflechtung mit dem Westen gelöst. Vor dem Krieg hatte die Ostzone keine ins Gewicht fallende Rohstoffproduktion. Jetzt werden in der Ostzone 2 Millionen Tonnen Rohelisen und 3 Millionen Tonnen Stahl erzeugt. Die Versorgung der alten und neuen Betriebe ist ganz auf die Zufuhren aus dem Osten ausgerichtet. 80 Prozent des Außenhandels wickelt sich mit dem Ostblock ab. Eine riesige Arbeitslosigkeit halten die westlichen Plauer einer Reprivatisierung für unvermeidlich.

Die Annäherung zwischen der DDR und der Bundesrepublik, verhandelt durch die beiden Regierungen, führt ein lautes Kommando auf dem Rücken der Werktätigen werden. Weder Restauration des Kapitalismus in der DDR noch Übertragung der Ostzonenwirtschaft in die Bundesrepublik. Also eine Kynzierung von beidem? Die wirtschaftliche Verteidigung der Errungenschaften in der Schaffung der Aufrechterhaltung der verstaatlichten Produktionsmittel und planmäßigen sozialistischen Wirtschaftsaufbaues kann nur durch Mobilisierung der breiten Massen für den Sozialismus erfolgen. Erste Voraussetzung dafür ist der Abbau der bürokratischen Mißwirtschaft in der DDR und die Erkenntnis der Aufgabe durch die west-

Arbeiterklasse. Da sieht es im Augenblick trüb
Deutschland ist die Arbeiterschaft z. Zi.
für den Sozialismus eingestellt. In der
Minderheit. Sogar wenn in der DDR
Druck wie in der SU abgebaut werden
die Herausbildung einer opferbereiten,
und ihrer Aufgabe klar bewußten, ein-
heitlichen Front.

Unvollständig vorhandene technische Qualifikation der
Arbeiter für diese Aufgabe genügt nicht ein-
mal die Sowjetmacht noch die Errungenschaften
Denn die technische Qualifikation der deutschen Ar-
beiterschaft ist. Sie war schon 1918 gegeben und damals
mit verschwommenem Glauben an den Sozialismus
übernommen. Was damals fehlte, war die konkrete Kennt-
nis der Aufgaben, die der sozialistische Umsturz von der
Arbeiterklasse erheischt. Was die Arbeiter-
klasse heute fordert, sind höhere Löhne, menschlichere
Arbeitsbedingungen, die erst im Sozialismus geschaffen
werden können, wenn die sozialistische Produktion im-
plementiert ist, den dazu erforderlichen gesellschaftlichen
Umsatz zu schaffen, Kampf für sozialistische Umgestal-
tung fördert von der Masse Unterstützung der Augen-
merkensgegenüber diesen Umgestaltungsaufga-
ben. Gewiß, die von der Besatzungsmacht oktroyierte so-
zialistische Wirtschaftsgrundlage in der DDR hat eine
kommunistische Vorhut bereits geschaffen. Aber
die Arbeiterklasse muß das Regime der Besatzungsmacht. Eine
Umgestaltung der bürokratischen Herrschaft von oben würde

günstige Bedingungen für die Organisation sozialisti-
scher Kämpfer von unten schaffen. Aber diese Lockerung
von oben ist noch nicht da — und was von unten trotz
bürokratischer Druck bereits herangereift ist, ist noch
nicht in zielklarer Kampfbereitschaft. Sich über diese Tat-
sache hinwegtäuschen, ist das gefährlichste im gegenwärtigen
Zeitpunkt — ist Wunschenken.

Bis Ende 1956, d. h. bis zu den Wahlen des Präsiden-
ten, dem Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats
in den USA besteht die Wahrscheinlichkeit der Erhaltung
des Waffenstillstandes im kalten Krieg. Anfang August
werden in Genf Verhandlungen zwischen den amerikani-
schen und chinesischen Gesandten stattfinden und viel-
leicht auch zu einem Waffenstillstand im Fernen Osten
führen, wenn die USA Tschiang-Kai-Schek
von Überfällen auf das chinesische Festland zurückhal-
ten und ihn zwingen, die dem Festland vorgelagerten
Inseln Quemoy und Matsu zu räumen und sich China
damit abfindet, daß die USA Formosa besetzt halten. Auch
der Versuch der USA, ihren Strohmann Diem bei der
Sabotage der Abstimmung über die Vereinigung Indochinas
zu unterstützen, muß aufgegeben werden, wenn
in Asien eine Entspannung herbeigeführt werden soll.
Wenn der Waffenstillstand im kalten Krieg von längerer
Dauer sein soll, dann muß aber die Arbeiterklasse Euro-
pas und besonders Deutschlands den Kampf um die Er-
haltung des Friedens zu ihrer eigenen Aufgabe machen.
Billiger ist der Friede nicht zu haben.

Der Ausgang der Genfer Konferenz und die deutsche Arbeiterklasse

Eine neue sowjetische Deutschlandpolitik

Dieser Artikel drückt eine andere Auffassung aus als die in
Weltpolitischen Uebersicht vorgetragene. Die Red.

Die Erklärungen der beiden Sowjeführer, Bulga-
ren und Chruschtschew, in Genf und in Berlin
sind ein wichtiges Ereignis, jedenfalls das wichtigste für
die deutsche Arbeiterklasse seit dem 17. Juni 1953. Sie
bedeuten das formelle Ende der sowjetischen Deutsch-
landpolitik der Stalin-Ära und schaffen einen völlig
neuen Ausgangspunkt in den Beziehungen der Arbeiter-
klasse sowohl zur Besatzungsmacht wie zur DDR.

Die sowjetische Deutschlandpolitik Stalins war die
konsequente Fortsetzung der gesamten außenpolitischen
Politik der SU in der Periode des 2. Weltkrieges, deren
Hauptmerkmal war, das imperialistische Kriegsgewitter
anzuzetteln, indem man im Bündnis mit einer der
beiden imperialistischen Gruppen die andere nieder-
zuwerfen. Diesem Bündnis, das dem objektiven Zwang der
Lage entsprang, wurden die revolutionären Ziele und
Aufgaben der außerrussischen kommunistischen Parteien
untergeordnet. Man degradierte sie zu Propagandatrup-
pen der jeweiligen sowjetischen Diplomatenmanöver.
Nirgends wirkte sich der Gegensatz zwischen den ur-
sprünglichen Aufgaben einer wirklich revolutionären Ar-
beiterpartei und der ihr von außen aufgezwungenen Rolle
so verheerend aus wie in Deutschland. Hier wurde der
Arbeiterklasse im Osten zwar ihre historische Aufgabe,
den Kapitalismus zu stützen und zu entmachten, von der
sowjetischen Besatzungsmacht abgenommen, aber gleich-
zeitig verhindert, daß sich ein dieser sozialistischen Wirt-
schaftsgrundlage entsprechender staatlicher, kultureller und
politischer Ueberbau entwickle.

Warum war dies der Fall? Die Grundlinie der sowje-
tischen Außenpolitik war, daß sich der internationale
Großmachtkonflikt durch einen Kompromiß entscheiden
lasse, in dessen Mittelpunkt Deutschland stünde. Eine
Neutralisierung der kapitalistisch-imperialistischen Kern-
position in Westeuropa hätte jeden feindlichen Aufmarsch
gegen die SU von vornherein seiner Spitze beraubt.
Grund genug, diese Neutralisierung zu erstreben, als
deren Preis man die Wiedervereinigung Deutschlands
anzahl, d. h. die Auslieferung der DDR an den Westen.
Da man von der Voraussetzung ausging, die USA würden
früher oder später das Angebot annehmen, wurde die
DDR für die sowjetische Besatzungspolitik ein Faust-
pfand, das herauszugeben man jederzeit bereit war.

Die für die deutschen Arbeiter wichtigste Konsequenz
dieser Politik war, daß man unter dem Titel von Repa-

rationen, Demontagen, faulen Handelsgeschäften usw.
die Zone ökonomisch ausplünderte, um den Wiederauf-
bau des verwüsteten Sowjetlandes zu beschleunigen. Das
innerdeutsche Werkzeug, das diesen Zweck zwar mit so-
zialistischen Redensarten zu verschleiern trachtete, ihm
aber in der Tat dienste, war die SED und was drum und
dran hängt. Der Haß der arbeitenden Bevölkerung, ihre
eigige Ablehnung dieser Partei wurzelte in dieser ihrer
tatsächlichen Rolle eines Mittels der Plünderungspolitik,
die direkte Folge der sowjetischen Deutschlandpolitik
war. Der Aufstand des 17. Juni 1953 hat die SU gezwungen,
auf die ökonomische Seite ihrer Deutschlandpolitik zu
verzichten und damit in das Gebäude die erste Bresche
geschlagen.

Aber solange die Wiedervereinigungspolitik noch maß-
gebliche Leitlinie der sowjetischen Deutschlandpolitik
war, konnte sich der Widerspruch zwischen der sozialisti-
schen Wirtschaftsgrundlage und dem bürokratisch-terrori-
stischen Ueberbau, der Hauptquelle aller Ostzonenübel
ist, nicht beheben lassen. Wir haben oft genug auf die-
sen Zusammenhang hingewiesen. Als Hauptpunkt eines
deutschen sozialistischen Aktionsprogramms die Wieder-
vereinigung unter den gegenwärtigen Bedingungen hin-
zustellen, heißt ein sozialistisches Harakiri, einen soziali-
stischen Selbstmord von den Sozialisten verlangen. Nur
mit völlig stumpf und blind gemachten Werkzeugen ist
dieserlei möglich. Deshalb Notwendigkeit der Ulibrich-
t-Knute, solange man die Auslieferung der DDR an den
Westen für nötig hält. Das ist der Grund, warum von der
heilsamen Auflockerung der bürokratischen Bevormun-
dung im gesamten Ostblock gerade in der DDR nichts zu
spüren war. Gibt es eine bessere Bestätigung dieser
Wahrheit als die Tatsache, daß erst jetzt, nach jahrelanger
Propagierung der Wiedervereinigung als Lebens-
zweck der KPD/SED, die beiden Sowjeführer ausspre-
chen und erst jetzt aussprechen können, was hinter
der „mechanischen“ Wiedervereinigung steckte?

„Man kann die deutsche Frage“, so sagte Chruschtschew
in Berlin am 26. Juli, „nicht auf Kosten der
Interessen der DDR lösen (langanhaltender Beifall).
Wir sind davon überzeugt, daß die Werktätigen der
DDR sich nicht mit einem Standpunkt einverstanden
erkennen können, der nur die Interessen der westlichen
Ländergruppen zugunsten der Interessen der
DDR herabschüttelt... Können die Werktätigen der
DDR auf Beseitigung aller ihrer politischen und sozia-
len Ungerechtigkeiten, auf die Errichtung eines über-
demokratischen Ueberbaus eingehen? Wir sind

überzeugt, daß sich die Werktätigen der DDR niemals einverstanden erklären werden, einen solchen Weg zu gehen. (Starker Beifall)."

Hier wird zum ersten Male ohne Umschweife gesagt, daß die bisherige Wiedervereinigungspolitik der SU „auf Kosten der Interessen der DDR“, d. h. auf Kosten der „Beseitigung aller politischen und sozialen Erzeugnisse“ gegangen ist. Die Tatsache, daß bisher peinlichst verschwiegen wurde, was jetzt rundheraus gesagt und zugegeben wird, ist Beweis genug für den inneren Zusammenhang zwischen der Wiedervereinigung und der Liquidierung der sozialistischen Wirtschaftsgrundlage der DDR.

Auch haben Bulganin und Chruschtschew wie alle Ostkommentatoren mehr oder minder klar ausgesprochen, warum man jetzt die „mechanische Wiedervereinigung“ ablehnt. Der bekannte sowjetische Kommentator Majewski schrieb am 21. Juli in der „Prawda“:

„Es ist jedoch unverkennbar, daß in den letzten Jahren auf dem Wege zur Lösung der Deutschlandfrage eine Reihe großer Hindernisse errichtet wurden, von denen die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in militärische Gruppierungen der Westmächte die bedeutendsten sind. Dieser Umstand schafft eine völlig neue Situation, in der auch eine neue Methode zur Lösung der Deutschlandfrage gefunden werden muß.“

In anderen Worten: die westdeutsche Aufrüstung findet statt, die Westmächte sind nicht auf die sowjetischen Wiedervereinigungsangebote eingegangen, womit die ganze bisherige Einstellung der SU zu Deutschland hinfällig geworden ist. Die Konsequenz der Sowjetpolitik aus dieser neuen Lage sind neue Methoden. Ein System der kollektiven Sicherheit wird vorgeschlagen, in das neben der Bundesrepublik auch die DDR gleichberechtigt einbezogen werden soll. Das ist der Verzicht auf die Auslieferung der DDR an den Westen. Dies wird vorläufig nicht so herb ausgedrückt, sondern „diplomatisch“ umschrieben: Die Wiedervereinigung sei „schwierig“ geworden, „erfordere viel Geduld und viele Beratungen“, ist „auf lange Zeit unmöglich“, „unreal“ usw.

Die neuen russischen Vorschläge zur Erhaltung des Weltfriedens basieren nicht mehr auf der Auslieferung der DDR, sondern auf ihrer Eingliederung und Verteidigung im Ostblock wie alle seine anderen Teile. Es ist also nichts zu den bisherigen Bedingungen der SU für die Wiedervereinigung „hinzu“ gekommen, vielmehr hat sich die gesamte Einstellung zum Problem von Grund auf geändert, eine Umorientierung, deren Keime wir bereits am 23. Februar 1955 in ARIPO 4 anlässlich der sowjetischen Regierungsbildung hervorgehoben haben.

Außenpolitisch betrachtet, erscheint dieser Wandel nicht allzu gewaltig. Die Sowjetdiplomatie macht eben „andere“ Vorschläge. Aber für die deutsche Arbeiterbewegung ist er nicht zu unterschätzen. Er räumt den letzten wesentlichen Gegensatz zwischen den sozialistischen Klasseninteressen der Arbeiter Deutschlands und der SU aus dem Wege. Denn der Verzicht auf die Übergabe an den Westen bedeutet, daß jeder Grund fortgefallen ist, die Ulbricht-Methoden weiter aufrechtzuerhalten, daß der Herstellung der Harmonie zwischen dem Staatswesen der DDR und ihrer sozialistischen Wirtschaftsgrundlage keine entscheidenden Hindernisse mehr entgegenstehen.

Die Demokratisierung in der DDR ist möglich geworden. Und damit tritt die DDR in den Bereich der historischen Umwälzung, die seit zwei Jahren das gesamte östliche Lager befruchtet. Die erste Etappe war die von der Erschießung Berias angeleitete innerparteiliche Abkehr von der Stalinperiode des bürokratischen Terrors. Die zweite Etappe war die Abkehr von den dieser Periode eigenen Prügelmethoden im Verkehr mit außerparteilichen sozialistischen Kräften durch die Vorsehung mit Jugoslawen und der Herstellung zweckmäßiger und würdiger, die Gesamtheit dieser Nationen stützender und festlegender Beziehungen. Es steht der dritte, auf die Dauer unvermeidliche Teil der Gesamtbewegung der Abkehr von der Stalinperiode bevor: die Abschaffung der sturen Gesetze der äußeren Welt des Ostblocks in kapitalistischer Umwelt während der kommunistischen Revolution und die Wiederherstellung ihrer internationalen Beziehungen und jahrzehntelangen bürokratischen Vergewaltigung.

Der historische Inhalt dieses Gesamtprozesses ist die Umgestaltung der sich auf dem Wege zum Sozialismus er-

findenden Nationen von der Epoche, in der die bolshewistische SU mit unparteilichen Bundesgenossen geschlossen wurde auf die neue Lage, in der der beherrschende Weltgegenseitz lautet: Hier sozialistische Völkergruppe -- dort kapitalistisch-imperialistischer Block. Diese neue Lage enthält die Notwendigkeit der Rückkehr zum Leninischen Internationalismus, allerdings nicht mehr auf der unentwickelten Stufe einer eben erst aus der Wiege gehobenen, isolierten Revolution, sondern auf der ungleich höheren und stützteren Stufe eines ein Drittel der Menschheit umfassenden Blocks mit dem Erfahrungsschatz vierer Jahrzehnte.

Durch die Sonderstellung der DDR, die im Rahmen der alten sowjetischen Deutschlandpolitik mit einem Bein im kapitalistischen, mit dem anderen im Ostlager stand, ist sie gewissermaßen ein Zwischenglied auf dem Wege dieses dritten Schrittes geworden. Gewiß, wir erleben erst den Anfang, und 10 Jahre bitterster Enttäuschung haben pessimistisch gemacht. Aber schon scheint es, daß die ersten Schwalben einen nahenden Frühling künden. Ulbricht ist von sämtlichen Demonstrationen und Kundgebungen der neuen sowjetischen Deutschlandpolitik ferngehalten worden. Man steckt seinen Namen vergebens unter den im „Neuen Deutschland“ detailliert angegebenen Personen, die mit Bulganin und Chruschtschew verhandeln oder auftraten, sie empfangen oder verabschiedeten. Wäre er krank, würde dies gewiß vermerkt worden sein, um „Mißverständnisse“ auszuschließen. Keine Zeile davon! Ulbricht ist der deutsche Repräsentant der Stalinischen Bürokratie im Überstun Sinne des Wortes. Soll das System fallen, das er verkörpert, wäre es kein schlechter Anfang, verschlänge ihn ein Schicksal, das er reichlich verdient hat.

Au dem Wege zur Arbeiterdemokratie bestehen kraft ihrer bisherigen Sonderstellung im Ostblock für die DDR besondere Probleme. Es ist bekannt, daß nach 1945 guter Wille zu wirklich sozialistischem Aufbau reichlich vorhanden war. Die langjährigen sozialistischen Traditionen der mitteldeutschen Arbeiterschaft hätten einen ungleich günstigeren Ausgangspunkt gegeben als etwa in Polen oder Ungarn. Die Ulbrichtbürokratie hat dieses politische Kapital verschleudert und mißbraucht. Es entstand das ebenso kuriose wie traurige Schauspiel, daß im industrialisiertesten und kulturell höchstentwickeltesten Zipfel des Ostblocks die Arbeiter dem Regime feindlicher gesinnt waren als anderswo und in einem Aufwand ihren Groll aufblähen. Die historische Ursache dieses Zustands liegt darin, daß die Ulbrichtbürokratie in schärfstem Gegensatz zu den Klasseninteressen der Arbeiter stand, daß sie jeden Ausdruck dieser Interessen krebelle, statt sie zu vertreten. Aus dieser Sachlage gibt es nur einen Ausweg: schleunigst wieder gut zu machen, was in der Vergangenheit verfahren worden ist.

Die „Angst“, daß arbeitdemokratische Maßnahmen „das Chaos“ herbeiführen oder die Rückkehr zum Kapitalismus begünstigen könnten, ist unbegründet. Der Garant der sozialistischen Wirtschaftsgrundlage in der DDR ist der Träger der wirklichen Macht, nämlich die sowjetische Besatzungsmacht. Sie ist da und ihre Existenz verhindert, falls es dies je zu verhindern gilt, daß kapitalistische Appelle geäußert werden. Richtig ist, daß sozialistisches Bewußtsein und Verteidigungsbereitschaft als Resultat der bisherigen Politik in vielen Massen fehlt. Dieses Bewußtsein kann sich jedoch nur als Resultat praktischer Erfahrungen dieser Massen einstellen, wenn auf der sozialistischen Wirtschaftsbasis der DDR sich solche Zustände entfalten, die als verteidigungswertig betrachtet angestanden werden.

Man muß jedoch zwischen politischem Bewußtsein und technisch-administrativer Kulturstufe unterscheiden. Das erstere muß eine entscheidende Mehrheit der Arbeiterschaft aufweisen, um den Staat des Kapitalismus wirklich durchdringen zu können. Die Fähigkeit jedoch, ein Höchstmaß an Selbstverwaltung mit einem Mindestmaß an Bürokratie in der Wirtschaft, in den kulturellen und sonstigen Einrichtungen zu verwirklichen, ist technisch-administrativer Art und von der Parteibürokratie nicht direkt abhängig. Die sowjetische Arbeiter hatten ein beträchtliches revolutionäres Bewußtsein, es wurde durch die bürokratische Bewältigung des Aufbaus sozialistischer Wirtschaft und der Umwälzung des russischen Kapitalismus nicht so schnell abgemildert. Kulturwesen.